

17.05.2021

Mündliche Anfrage

für die 128. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 19. Mai 2021

Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern

98 Abgeordneter
 Stefan Engstfeld BÜNDNIS
 90/DIE GRÜNEN

Löschungen der Datensätze von Amad A. aus den polizeilichen Datenbanken ViVA und INPOL-Z

In der Sitzung des PUA III (Kleve) vom 11. Mai 2021 wurde durch eine Zeugenaussage bestätigt, dass das LKA NRW der Staatsanwaltschaft Kleve mit Schreiben vom 27. Januar 2021 mitgeteilt hat, dass der Personendatensatz von Amad A. im Landesbestand ViVA und Bundesbestand INPOL-Z, entgegen eines vorgegebenen Löschmatoriums durch das Ministerium des Innern, automatisiert gelöscht wurden.

Welche Konsequenzen zieht der Innenminister aus den Löschungen der Datensätze von Amad A. aus den polizeilichen Datenbanken ViVA und INPOL-Z, die gegen den Erlass des Ministerium des Innern vom 03. Dezember 2018 erfolgt sind?

Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern

99 Abgeordneter
Sven Wolf SPD

Am 12.05.2021 wurde Ministerpräsident Armin Laschet in der Presse nach den ersten Angriffen auf Synagogen in Bonn und Münster wie folgt zitiert:

„Wir tun in Nordrhein-Westfalen alles, um die Sicherheit der Synagogen in unserem Land zu schützen«. Der Schutz für alle »herausragenden jüdischen Orte« sei unverzüglich verstärkt worden. Eine aktuelle Beurteilung der Gefährdungslage der Objekte sei bereits vom Innenministerium veranlasst worden.

Gleichwohl haben am Mittwochabend in Gelsenkirchen rund 180 Menschen vor einer Synagoge demonstriert und konnten ungehindert in Sprechchören antisemitische Hetzparolen verbreiten.

Daher frage ich die Landesregierung:

Warum griff die Polizei bei den antisemitischen Sprechchören und Hassparolen vor der Gelsenkirchener Synagoge vor dem Hintergrund der Ankündigung von Ministerpräsident Laschet nicht eher ein?

Warum hat die Landesregierung angesichts der sich bereits seit mehreren Tagen abzeichnenden Spannungen im Nahen Osten - die Lage eskalierte spätestens am 10.05.2021 - nicht schon früher eine Verstärkung der Schutzmaßnahmen für jüdische Einrichtungen angeordnet?

Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz

100 Abgeordneter
Norwich Rübe BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN

Beteiligung eines Ministers an einem Unternehmen, das in einen Fall „schwerster Umweltkriminalität“ verwickelt war

Die Firma DELA GmbH mit Sitz u. a. in Nordrhein-Westfalen sorgte für Schlagzeilen, als herauskam, dass sie über Jahre den hochgiftigen Stoff Quecksilber illegal entsorgte und darüber mehrere Millionen erwirtschaftete. Das Gericht sprach in der Urteilsbegründung von einem Fall „schwerster Umweltkriminalität“.¹

Nach Einsicht in die Ermittlungsakten rollen Journalisten der „Welt am Sonntag“² den Fall wieder auf: Stephan Holthoff-Pförtner, jetzt Europaminister, sei als Miteigentümer und enger Bekannter einer der Geschäftsführer der DELA GmbH in der Sache nie befragt worden. Auskünfte des Anwalts sowie der Staatsanwaltschaft dazu lassen Fragen offen.

Was hat Minister Holthoff-Pförtner unternommen, diesen Sachverhalt umfassend aufzuklären?

Was hat die Landesregierung unternommen, um solche Fälle schlimmster Umweltkriminalität umfassend aufzuklären?

¹ <https://www.waz.de/staedte/essen/quecksilber-illegal-entsorgt-haftstrafe-fuer-unternehmer-id209051655.html>

² „Vergiftete Geschäfte“, Welt am Sonntag, 16.05.21